

## ***Voranschlag 2007***

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates  
an den Kantonsrat von Solothurn  
vom 5. September 2006, RRB Nr. 2006/1637

### **Zuständiges Departement**

Finanzdepartement

### **Vorberatende Kommissionen**

Sachkommissionen  
Finanzkommission

## Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung.....	3
1. Übersicht.....	5
1.1 Die wichtigsten Rahmenbedingungen .....	5
1.1.1 Vorgaben der Finanzkommission.....	5
1.1.2 Grundstückgewinnsteuer .....	5
1.1.3 Allgemeiner Treibstoffzollanteil und Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA).....	5
1.1.4 Abschreibungen .....	6
1.1.5 Erhöhung der Teuerungszulage um 1,9384 Indexpunkte auf 109.6299 Punkte nach dem Landesindex der Konsumentenpreise, Basis Index Mai 1993 = 100 Punkte.....	6
1.2 Zum Budgetierungsprozess .....	6
1.2.1 Budgetierungsprozess bis zur Verabschiedung von Botschaft und Entwurf durch den Regierungsrat .....	6
1.3 Die Eckdaten zum Voranschlag 2007 in der Übersicht und im Vergleich zum Voranschlag 2006 .....	8
1.3.1 Tabellarische Übersicht und Kommentar .....	8
1.3.2 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag 2006 und Voranschlag 2007 .....	9
1.3.3 Die Entwicklung des Besoldungsaufwandes 2006 - 2007 .....	10
1.4 Die Entwicklung der kantonalen Finanzlage .....	11
1.4.1 Tabellarische Darstellung der Entwicklung der Finanzkennzahlen in den Jahren 2003-2007 .....	11
1.4.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der wichtigsten Finanzkennzahlen in den Jahren 1998-2007 .....	12
1.5 Auswirkungen des Reform- und Sanierungspakets SO+ .....	15
2. Globalbudgets .....	16
3. Entwicklung in den einzelnen Departementen .....	18
3.1 Erfolgsrechnung .....	19
3.1.1 Behörden .....	19
3.1.2 Staatskanzlei.....	19
3.1.3 Bau- und Justizdepartement .....	19
3.1.4 Departement für Bildung und Kultur .....	20
3.1.5 Finanzdepartement.....	22
3.1.6 Departement des Innern.....	26
3.1.7 Volkswirtschaftsdepartement .....	27
3.1.8 Gerichte.....	28
3.2 Investitionsrechnung.....	28
3.2.1 Übersicht .....	28
3.2.2 Bau- und Justizdepartement .....	29
3.2.3 Departement für Bildung und Kultur .....	29
3.2.4 Finanzdepartement.....	29
3.2.5 Departement des Innern.....	29
3.2.6 Volkswirtschaftsdepartement .....	30
4. Antrag .....	30
5. Beschlussesentwurf .....	31

## Kurzfassung

Mit dem Voranschlag 2007 werden folgende zentrale Finanzkennzahlen ausgewiesen:

<b>Finanzkennzahl</b>	<b>Betrag</b>
<u>Erfolgsrechnung</u>	
Cash Flow (Bruttoertragsüberschuss)	108,9 Mio. Fr.
- Abschreibungen auf Investitionen	95,5 Mio. Fr.
<b>= Ergebnis der Erfolgsrechnung (Ertragsüberschuss)</b>	<b>+ 13,4 Mio. Fr.</b>
<u>Investitionsrechnung</u>	
Ausgaben	205,7 Mio. Fr.
- Einnahmen	84,2 Mio. Fr.
<b>= Nettoinvestitionen</b>	<b>121,5 Mio. Fr.</b>
<u>Finanzierung</u>	
Cash Flow (Bruttoertragsüberschuss)	108,9 Mio. Fr.
- Nettoinvestitionen	121,5 Mio. Fr.
<b>= Finanzierungsergebnis (Finanzierungsfehlbetrag)</b>	<b>- 12,6 Mio. Fr.</b>
Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	90%

### - Rahmenbedingungen

Von den unter Abschnitt 1.1 aufgeführten Rahmenbedingungen ist besonders erwähnenswert:

In diesem Jahr haben die Vertragsparteien zum zweiten Mal, gestützt auf Artikel 17 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV), über die Lohnentwicklung verhandelt. Die Verhandlungsführung obliegt gemäss Artikel 10 Buchstabe h GAV der Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO). In der GAVKO-Sitzung vom 29. August 2006 konnte noch keine Einigung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite erzielt werden. Im vorliegenden Budget haben wir deshalb mit dem Angebot der Arbeitgeberseite auf eine Erhöhung der Teuerungszulage für das Staatspersonal um 1,8% ab dem 1. Januar 2007 gerechnet (Basis: ausgerichtete Löhne 2006) und die daraus folgenden Mehrkosten von insgesamt rund 13,3 Mio. Franken aufgenommen.

### - Vergleich mit dem Voranschlag 2006

Mit einem Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung von 13,4 Mio. Franken kann zum dritten Mal hintereinander bereits im Voranschlag ein positives Ergebnis ausgewiesen werden (Voranschlag 2006: Ertragsüberschuss von 6,0 Mio. Franken). Der Ertragsüberschuss führt zu einer Zunahme des Eigenkapitals.

Markant höher ausgefallen als im Voranschlag 2006 sind die Nettoinvestitionen: Im Voranschlag 2006 belaufen sich diese auf 99,6 Mio. Franken, im vorliegenden Budgetentwurf 2007 auf 121,5 Mio. Franken. Dies entspricht einer Zunahme von 21,9 Mio. Franken, wobei zu beachten ist, dass von den 121,5 Mio. Franken Nettoinvestitionen 35,7 Mio. Franken (Voranschlag 2006: 20,0 Mio. Franken) für die beiden Gesamtverkehrsprojekte in Solothurn und Olten vorgesehen sind. Zusätzlich sind im Jahr 2007 auch 8,0 Mio. Franken (Voranschlag 2006: 0,5 Mio. Franken) für die Einführung des neuen Sicherheitsfunknetzes POLYCOM für den Kanton Solothurn vorgesehen.

Ebenfalls höher ausgefallen gegenüber dem Voranschlag 2006 ist der Cash Flow: Mit 108,9 Mio. Franken überschreitet er den Budgetwert aus dem Jahr 2006 um 18,2 Mio. Franken. Markant höhere Nettoinvestitionen bewirken jedoch eine Senkung des Selbstfinanzierungsgrades ge-

genüber dem Vorjahr: Er erreicht im Voranschlag 2007 90%, währenddem im Voranschlag 2006 einer von 91% ausgewiesen wird. Ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 100% bedeutet eine Zunahme der Nettoverschuldung. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 90% ist im Jahr 2007 mit einer Erhöhung der Nettoverschuldung in der Höhe von 12,6 Mio. Franken (Finanzierungsfehlbetrag) zu rechnen.

#### **- Vergleich mit den Vorgaben der Finanzkommission**

Trotz intensiven Bemühungen ist es mit dem Voranschlag 2007 nicht gelungen, die Vorgaben der Finanzkommission vollumfänglich zu erfüllen. Der Ertragsüberschuss verfehlt die ehrgeizige Vorgabe der Finanzkommission von 25 Mio. Franken um 11,6 Mio. Franken, die Nettoinvestitionen übersteigen die Vorgabe der Finanzkommission um rund 1,8 Mio. Franken (ohne Berücksichtigung der Landkäufe für die Umfahrung Olten) und der Selbstfinanzierungsgrad erfüllt die Erwartungen der Finanzkommission (100%) ebenfalls nicht.

#### **- Entwicklung der Finanzlage**

Über die letzten 20 Jahre betrachtet, kann der Voranschlag 2007 als überdurchschnittlich gut bezeichnet werden: Zum dritten Mal hintereinander kann in der Erfolgsrechnung ein Überschuss und damit eine Zunahme des Eigenkapitals budgetiert werden. Nicht ganz zu befriedigen vermag die Selbstfinanzierung: Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 90% ist für das nächste Jahr eine leichte Zunahme der Nettoverschuldung prognostiziert. Relativiert wird diese Aussage durch die Tatsache, dass wieder deutlich mehr investiert werden soll als in den Jahren 2000 bis 2006 und somit Mehrwerte mit langfristigem Nutzen geschaffen werden. Das Investitionsvolumen 2007 ist das zweithöchste der letzten 20 Jahre. Der daraus resultierende Selbstfinanzierungsgrad von 90% erreicht das Niveau des Vorjahres. Insgesamt scheint es, dass die seit der 2. Hälfte der 90er Jahre und im Jahr 2002 getroffenen Sparbemühungen nun Früchte tragen und eine nachhaltige Sanierung der Staatsfinanzen eingeleitet werden konnte.

Kommt hinzu, dass im Jahr 2005 die 2/3 der Erlöse aus dem Verkauf der Goldreserven der Nationalbank an die Kantone ausgeschüttet worden sind. Der Anteil des Kantons Solothurn betrug 475 Mio. Franken. Dies führte noch im Jahr 2005 zu einer sehr starken, nicht budgetierten Verbesserung der wichtigsten Finanzkennzahlen und beeinflusst das Budget 2007 und die folgenden Jahre insofern, dass der Nettozinsaufwand abnimmt (im Jahr 2007 um rund 8,7 Mio. Franken).

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum Voranschlag 2007.

## **1. Übersicht**

### 1.1 Die wichtigsten Rahmenbedingungen

Formell richtet sich der Voranschlag 2007 nach dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1). Dieses Gesetz trat per 1. Januar 2005 in Kraft und löste insbesondere die Finanzhaushaltsverordnung ab, welche mit RRB Nr. 2004/1191 vom 8. Juni 2004 per 31. Dezember 2004 aufgehoben worden ist.

Materiell sind die folgenden Grundlagen und Aufträge von Bedeutung:

#### 1.1.1 Vorgaben der Finanzkommission

Mit Schreiben vom 15. März 2006 teilte die Finanzkommission dem Regierungsrat ihre Vorgaben zum Voranschlag 2007 mit. Sie lauteten:

- Erfolgsrechnung: operativer Überschuss von 25 Mio. Franken;
- Nettoinvestitionen: max. 100 Mio. Franken, inkl. Umfahrungen Olten und Solothurn;
- Selbstfinanzierungsgrad: mindestens 100%.

Mit Schreiben vom 25. April 2006 haben wir der Finanzkommission mitgeteilt, dass wir die Vorgabe zur Erfolgsrechnung als Zielgrösse akzeptieren und erklärten uns bereit, sie im Rahmen unserer Möglichkeiten anzustreben. Die Vorgabe eines Selbstfinanzierungsgrades von 100% wird ebenfalls unterstützt. Die Vorgabe zu den Nettoinvestitionen muss differenziert beurteilt werden. Im Verlaufe des Jahres 2007 müssen im Zusammenhang mit der Umfahrung Olten verschiedene vorsorgliche Landkäufe im Umfang von ca. 15 Mio. Franken getätigt werden. Deshalb schlugen wir der Finanzkommission zwei verschiedene Varianten für die Nettoinvestitionsvorgabe vor.

An der darauffolgenden Sitzung vom 26. April 2006 hat sich die Finanzkommission entschieden, an Ihren Vorgaben festzuhalten. Die Finanzkommission ist jedoch bereit, für die Landkäufe für die Umfahrung Olten zusätzliche Investitionen zu akzeptieren. Diese vorsorglichen Landkäufe sollen gemäss der gewählten Variante 2 bereits im Jahr 2007 über die Investitionsrechnung in das Verwaltungsvermögen gebucht werden. Somit gilt die Nettoinvestitionsvorgabe von maximal 100 Mio. Franken inkl. Umfahrungen Olten und Solothurn ohne die Landkäufe im Umfang von rund 15 Mio. Franken.

#### 1.1.2 Grundstückgewinnsteuer

Aus dem Ertrag der 2006 eingehenden Grundstückgewinnsteuern legen der Kanton und die Gesamtheit der Einwohnergemeinden wie in den Vorjahren je 10 % in die Spezialfinanzierung „Natur- und Heimatschutz“ ein (je 450'000 Franken).

#### 1.1.3 Allgemeiner Treibstoffzollanteil und Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA)

Vom allgemeinen Treibstoffzollanteil von rund 12,4 Mio. Franken soll die eine Hälfte der allgemeinen Staatsrechnung, die andere Hälfte dem Strassenbaufonds zugewiesen werden.

Die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von rund 10,2 Mio. Franken soll vollumfänglich dem Strassenbaufonds zugewiesen werden.

#### 1.1.4 Abschreibungen

Die Abschreibungen auf den Investitionen sind mit 10 % auf dem Verwaltungsvermögen und 100 % auf den Spezialfinanzierungen (insbesondere Strassenbau) budgetiert.

#### 1.1.5 Erhöhung der Teuerungszulage um 1,9384 Indexpunkte auf 109.6299 Punkte nach dem Landesindex der Konsumentenpreise, Basis Index Mai 1993 = 100 Punkte

Am 1. Januar 2005 ist der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) vom 25. Oktober 2004 für das gesamte Staatspersonal – also für das voll- und teilzeitlich beschäftigte Personal der kantonalen Verwaltung, der Gerichte, der kantonalen Schulen, der kantonalen Anstalten, des kantonalen Polizeikorps, der Spitäler, der Zentralbibliothek sowie für die Lehrpersonen der Volksschule und der kommunalen Kindergärten (ohne Musikschullehrpersonen) in Kraft getreten.

Nach Artikel 17 GAV führen die Vertragsparteien jährlich Verhandlungen über Lohnanpassungen (Teuerungszulage auf dem Lohn und auf den Lohnnebenleistungen sowie Reallohnentwicklung). Die jährlichen Verhandlungen über die Lohnentwicklung gehört nach Art. 10 Buchstabe h GAV zu den Aufgaben der Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO), die aus je sieben Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite besteht.

In der GAVKO-Sitzung vom 29. August 2006 konnte noch keine Einigung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite erzielt werden. Im vorliegenden Budget haben wir deshalb mit dem Angebot der Arbeitgeberseite auf eine Erhöhung der Teuerungszulage für das Staatspersonal um 1,8% auf der Basis der im Jahre 2006 ausgerichteten Löhne ab dem 1. Januar 2007 gerechnet. Die Teuerungszulage für das Staatspersonal und die Lehrkräfte an den Volksschulen (Artikel 5, Absätze 1 und 2, GAV) soll somit gemäss Angebot der Arbeitgeberseite ab 1. Januar 2007 um 1,9384 Indexpunkte erhöht werden. Die Besoldungen sollen auf 109,6299 Punkte nach dem Landesindex der Konsumentenpreise, Basis Index Mai 1993 = 100 Punkte, ausgeglichen werden.

Wir haben deshalb das Amt für Finanzen beauftragt, die dadurch insgesamt verursachten Mehrkosten von rund 13,3 Mio. Franken (Erhöhung Besoldungen, Sozialversicherungsbeiträge, Betriebsbeiträge, Lehrerbesoldungssubventionen etc.) in den Voranschlag 2007 aufzunehmen. Im vorliegenden Budgetentwurf sind die durch die Erhöhung der Teuerungszulage bedingten Mehrkosten enthalten.

### 1.2 Zum Budgetierungsprozess

#### 1.2.1 Budgetierungsprozess bis zur Verabschiedung von Botschaft und Entwurf durch den Regierungsrat

Die Vorgaben der Finanzkommission vom 15. März 2006 dienten als Basis für die Eröffnung des Budgetprozesses anfangs April 2006. Die Finanzprognosen 2007 des Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes IAFP 2006 – 2009 dienten als „Richtbudget“, welches Mitte April 2006 den Departementen zur Überarbeitung abgegeben worden ist. Da die Zahlen des Richtbudgets deutlich von den Vorgaben der Finanzkommission abwichen, starteten wir den Budgetprozess am 25. April 2006 mit Budgetvorgaben, welche sowohl die Erfolgs- wie auch die Investitionsrechnung betrafen.

Das Ergebnis der ersten Eingaben der Departemente verfehlte die Vorgaben der Finanzkommission deutlich. Zu diesem Zeitpunkt, per Ende Mai 2006, betrug das operative Defizit in der Erfolgsrechnung (ohne eine Teuerungszulage für 2007) immer noch 0,9 Mio. Franken und der Selbstfinanzierungsgrad 75% bei Nettoinvestitionen in der Höhe von rund 125 Mio. Franken (105,3 Mio. Franken ohne die Landkäufe für die Umfahrung Olten).

In der Folge musste während der Fröhsommer- und Sommermonate 2006 erneut ein langwieriger Budgetierungsprozess durchgeführt werden. Trotz intensiven Bemühungen ist es aber nicht ganz gelungen, die Vorgaben der Finanzkommission vollumfänglich zu erfüllen.

- Operativer Ertragsüberschuss: Mit einem operativen Ertragsüberschuss von 13,4 Mio. Franken wird die Vorgabe der Finanzkommission um rund 11,6 Mio. Franken verfehlt.
- Nettoinvestitionen: Die Nettoinvestitionen erreichen ohne die zusätzlichen Landkäufe für die Umfahrung Olten 101,8 Mio. Franken (Vorgabe Finanzkommission: max. 100 Mio. Franken). Die Vorgabe kann als beinahe erfüllt betrachtet werden.
- Selbstfinanzierungsgrad: Die Vorgabe der Finanzkommission zum Selbstfinanzierungsgrad (mindestens 100%) hingegen kann mit 90% nicht erfüllt werden. Das Nichterreichen dieser Vorgabe ist insbesondere auf die erhöhten Nettoinvestitionen aufgrund des Bau- und Planungsfortschrittes bei den Umfahrungsprojekten Solothurn und Olten sowie das Projekt POLYCOM der Polizei zurückzuführen.

### 1.3 Die Eckdaten zum Voranschlag 2007 in der Übersicht und im Vergleich zum Voranschlag 2006

#### 1.3.1 Tabellarische Übersicht und Kommentar

<b>Kennzahlen (Beträge in Mio. Fr.)</b>	<b>V'2006</b>	<b>V'2007</b>	<b>Differenz</b>
<u>Erfolgsrechnung:</u>			
Ertrag	1'565,2	1'632,7	+ 67,5
- Aufwand ohne Abschreibungen	- 1'474,5	- 1'523,8	+ 49,3
<b>= Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow)</b>	<b>90,7</b>	<b>108,9</b>	<b>+ 18,2</b>
<b>- Abschreibungen</b>	<b>- 84,7</b>	<b>- 95,5</b>	<b>+ 10,8</b>
Davon auf: Verwaltungsvermögen	31,5	35,3	+ 3,8
Spezialfinanzierungen	53,2	60,2	+ 7,0
<b>= Operatives Ergebnis</b>	<b>+ 6,0</b>	<b>+ 13,4</b>	<b>+ 7,4</b>
<u>Investitionsrechnung:</u>			
Ausgaben	179,5	205,7	+ 26,2
- Einnahmen	- 79,9	- 84,2	+ 4,3
<b>= Nettoinvestitionen</b>	<b>99,6</b>	<b>121,5</b>	<b>+ 21,9</b>
<u>Finanzierung:</u>			
Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow)	90,7	108,9	+ 18,2
- Nettoinvestitionen	- 99,6	- 121,5	+ 21,9
<b>= Operatives Finanzierungsergebnis</b>	<b>- 8,9</b>	<b>- 12,6</b>	<b>- 3,7</b>
<b>Selbstfinanzierungsgrad (Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)</b>	<b>91%</b>	<b>90%</b>	<b>- 1%</b>

Gestützt auf die obige Tabelle kann festgehalten werden, dass der Voranschlag 2007 bezüglich der Erfolgsrechnung besser, bezüglich der Investitionsrechnung markant schlechter und bezüglich dem Selbstfinanzierungsgrad geringfügig schlechter ausfällt als der Voranschlag 2006:

- Mit 13,4 Mio. Franken überschreitet der Ertragsüberschuss im Voranschlag 2007 denjenigen im Voranschlag 2006 um 7,4 Mio. Franken. Damit kann zum dritten Mal hintereinander ein Voranschlag mit einer positiven Erfolgsrechnung präsentiert werden. Ein Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung des Voranschlags bedeutet, dass das per Ende 2006 bestehende Eigenkapital von rund 26,0 Mio. Franken voraussichtlich im Jahr 2007 leicht erhöht werden kann.
- Der Cash Flow (Bruttoertragsüberschuss der Erfolgsrechnung) liegt um 18,2 Mio. Franken über dem Wert des Budgets 2006 und erreicht im vorliegenden Budget 108,9 Mio. Franken.
- Der im Vergleich zum Voranschlag 2006 höhere Cash Flow führt jedoch zusammen mit dem um 21,9 Mio. Franken höheren Nettoinvestitionsniveau (Nettoinvestitionen 2006: 99,6 Mio. Franken, 2007: 121,5 Mio. Franken) zu einem Rückgang des Selbstfinanzierungsgrades von 91 auf 90%. Somit können im Jahr 2007 nicht alle Investitionen selbstfinanziert werden, es resultiert ein Finanzierungsfehlbetrag von 12,6 Mio. Fran-



ken (Budget 2006: Finanzierungsfehlbetrag von 8,9 Mio. Franken). Die Nettoverschuldung erhöht sich im Umfang des Finanzierungsfehlbetrages.

### 1.3.2 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag 2006 und Voranschlag 2007

Die grössten Abweichungen (Abweichungen von mehr als 1 Mio. Franken) zwischen Voranschlag 2006 und Voranschlag 2007 sind bei folgenden Positionen (ohne durchlaufende Beiträge und Spezialfinanzierungen) zu verzeichnen:

<b>Erfolgsrechnung</b>	<b>In Mio. Fr.</b>
<b>Mehraufwand</b> (Defizit-erhöhende Abweichung)	
- Abschreibungen Hochbauamt	3,6
- Schulgelder (Tariferhöhung)	3,8
- Staatsanteile an Besoldungen von Lehrkräften (inkl. TZ von 1,8 Mio. Franken)	3,3
- Ausserkantonale Spitalbehandlungen	3,0
- Betriebsbeiträge an Spitäler (inkl. TZ von 4,8 Mio. Franken)	7,0
- KVG (netto, ohne Verwaltungskosten)	2,6
- Ergänzungsleistungen und Sozialversicherungen AHV/IV (netto)	9,3
- Gerichte	1,6
- Teuerung (ohne Staatsbeiträge)	6,3
<b>Minderaufwand</b> (Defizit-senkende Abweichung)	
- Zinsdienst	5,3
- Auflösung von GB-Reserven (höherer freiwilliger Reservenverzicht gegenüber 2006)	2,5
<b>Mehrertrag</b> (Defizit-senkende Abweichung)	
- Staatssteuern	26,5
- Bundesanteile	10,0
- Vermögenserträge	3,6
- Erlös aus veräussertem Grundeigentum	3,5
<b>Minderertrag</b> (Defizit-erhöhende Abweichung)	
- Liegenschaftserträge Finanz- und Verwaltungsvermögen	1,0

Obige Tabelle weist aus, dass bei den Aufwand- und Ertragsposten, welche vom Voranschlag 2006 zum Voranschlag 2007 die grössten Änderungen erfahren, die defizit-senkenden Abweichungen die defizit-erhöhenden Abweichungen um 9,9 Mio. Franken übersteigen. Dies entspricht beinahe der Differenz zwischen dem operativen Ergebnis im Voranschlag 2007 (+ 13,4 Mio. Fr.) und dem operativen Ergebnis im Voranschlag 2006 (+ 6,0 Mio. Fr.).

## 1.3.3 Die Entwicklung des Besoldungsaufwandes 2006 - 2007

Die folgende Tabelle orientiert über den Besoldungsaufwand (brutto) für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, der kantonalen Schulen, Anstalten und Gerichte.

<b>Departement</b>	<b>Voranschlag 2006</b>	<b>Voranschlag 2007</b>	<b>Differenz in Fr.</b>	<b>Differenz in %</b>
Behörden	2'211'528	2'245'958	34'430	1.6
Staatskanzlei	2'735'798	2'845'291	109'493	4.0
Bau und Justiz	36'613'590	38'357'623	1'744'033	4.8
Bildung und Kultur				
- Lehrkräfte	65'216'421	68'030'902	2'814'481	4.3
- Verwaltungspersonal	23'737'212	24'895'601	1'158'389	4.9
Finanz	46'397'931	47'637'299	1'239'368	2.7
Inneres				
- Verwaltungspersonal	33'386'407	34'628'255	1'241'848	3.7
- Polizei	40'904'507	41'660'281	755'774	1.8
Volkswirtschaft	30'130'402	30'917'022	786'620	2.6
Gerichte				
- Richter	4'226'205	4'249'390	23'185	0.5
- Verwaltungspersonal	8'441'299	8'836'584	395'285	4.7
<b>Total</b>	<b>294'001'300</b>	<b>304'304'206</b>	<b>10'302'906</b>	<b>3.5</b>

Beim Vergleich der Voranschläge 2006 und 2007 ist v.a. Folgendes zu beachten:

- Der Voranschlag 2007 enthält eine Erhöhung der Teuerungszulage um 1,9384 Indexpunkte. Die Besoldungen sollen auf 109,6299 Punkte nach dem Landesindex der Konsumentenpreise, Basis Index Mai 1993 = 100 Punkte, ausgeglichen werden. Dies führt zu einer Erhöhung der Besoldungskosten der Zentralverwaltung von 6,3 Mio. Franken. Insgesamt betragen die teuerungsbedingten Mehrkosten für den Kanton 13,3 Mio. Franken.
- Die überdurchschnittliche Steigerung der Personalkosten im Bereich des Bau- und Justizdepartements ist weitgehend auf den Fehler im Budgetprozess für das Jahr 2006 zurückzuführen. Das Budget der Staatsanwaltschaft für das Jahr 2006 war fälschlicherweise um 0,5 Mio. Franken zu tief beschlossen worden.
- Die Zunahme bei den Besoldungen Lehrkräfte ist insbesondere bei den Berufsbildungszentren angefallen. Sie ist auf neue Ausbildungsreglemente infolge des neuen Berufsbildungsgesetzes, mehr Lektionen, Teuerung, Stufenanstieg und Auswirkungen des GAV zurückzuführen. Die Zunahme beim Verwaltungspersonal ist insbesondere auf die vorbereitenden Arbeiten für die Umsetzung der NFA im sonderpädagogischen Bereich sowie auf die Teuerung und den Stufenanstieg zurückzuführen.
- Die Zunahme bei den Besoldungskosten des Verwaltungspersonals des Departementes des Innern ist neben der Erhöhung der Teuerungszulage vor allem auf Stufenanstiege (0,25 Mio. Fr.) zurückzuführen.
- Hauptsächlich Gründe für die Zunahme bei den Besoldungen des Verwaltungspersonals der Gerichte sind Aufstockungen (3 Stellen) in der Gerichtsverwaltung. Zwei davon wurden im Jahr 2006 durch das Bau- und Justizdepartement finanziert und sind neu bei den Gerichten budgetiert. Eine Stelle betrifft die Gerichtskasse (Zunahme der

Strafverfügungen um 70 % in den letzten 5 Jahren), die anderen beiden die EDV-Administration (Angleichung an Bedarf).

Insgesamt ist eine Zunahme der Besoldungskosten gegenüber dem Vorjahresbudget um 10'302'906 Franken oder 3,5 % festzustellen.

#### 1.4 Die Entwicklung der kantonalen Finanzlage

##### 1.4.1 Tabellarische Darstellung der Entwicklung der Finanzkennzahlen in den Jahren 2003-2007

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2003 - 2005 sowie der Voranschläge 2006 und 2007.

<b>Kennzahlen</b> (in Mio. Fr. bzw. %)	<b>2003</b> Rechnung	<b>2004</b> Rechnung	<b>2005</b> Rechnung	<b>2006</b> Voranschlag	<b>2007</b> Voranschlag
Cash Flow	127,7	129,3	126,8	90,7	108,9
Abschreibungen auf Investitionen	90,9	81,7	76,9	84,7	95,5
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	+36,7	+47,6	+49,9	+6,0	+13,4
Bilanzbereinigung		+44,0			
Erlös aus Verkauf Goldreserven (a.o. Ertrag)			+513,1		
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	+36,7	+91,6	+563,0	+6,0	+13,4
Netto-Investitionen	103,0	81,2	75,5	99,6	121,5
Operatives Finanzierungsergebnis	+24,7	+48,1	+51,3	-8,9	-12,6
Effektives Finanzierungsergebnis	+24,7	+42,8	+549,1	-8,9	-12,6
Selbstfinanzierungsgrad in %	124	159	168	91	90
Gesamtabschreibungssatz in %	25,3	23,4	24,6	23,1	23,1
Nettoverschuldung*	1'038,8	996,0	446,9	455,8	468,4
Dito, in Fr. pro Einwohner*	4'170	3'990	1'785	1'810	1'850
Nettozinsaufwand total	35,9	32,1	22,1	23,2	14,5
Dito, in % der Staatssteuern	5,1	4,8	3,1	3,4	2,0
Verlustvortrag (+) / Eigenkapital (-) *	634,6	543,0	-20,0	-26,0	-39,4
Einwohner per Ende Jahr (Schätzung für 2006 und 2007)	249'113	249'710	250'614	252'000	253'000

\* Zahlen im Voranschlag 2006 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2005 aktualisiert.

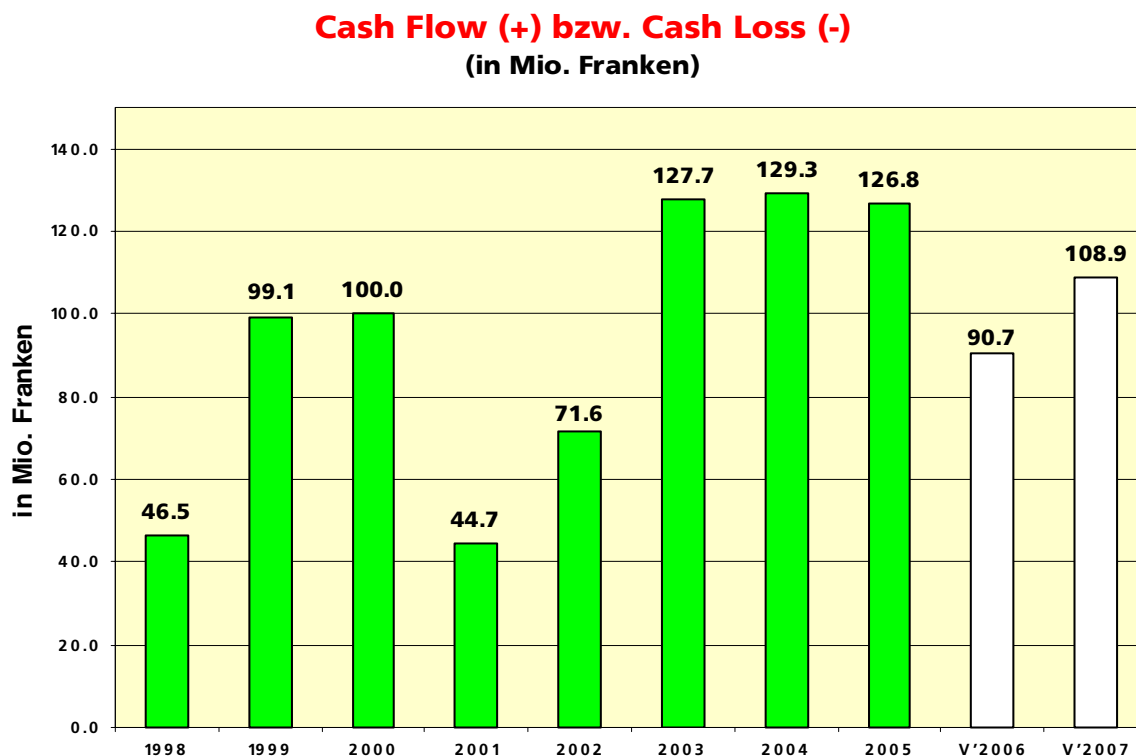
Per Ende 2007 wird die Nettoverschuldung voraussichtlich rund eine halbe Milliarde Franken oder 1'850 Franken pro Einwohner betragen. Das Eigenkapital steigt gemäss der Budgetprognose auf rund 39,4 Mio. Franken.

Die obigen Kennzahlen zeigen, dass sich die seit 1999 abzeichnende Stabilisierung der kantonalen Finanzlage auch im Jahr 2007 fortsetzt. Zum dritten Mal hintereinander kann bereits im Voranschlag ein positiver Rechnungsabschluss in Betracht gezogen werden. Es scheint, dass sich der insbesondere seit dem Rechnungsjahr 2003 abzeichnende positive Trend fortsetzt.

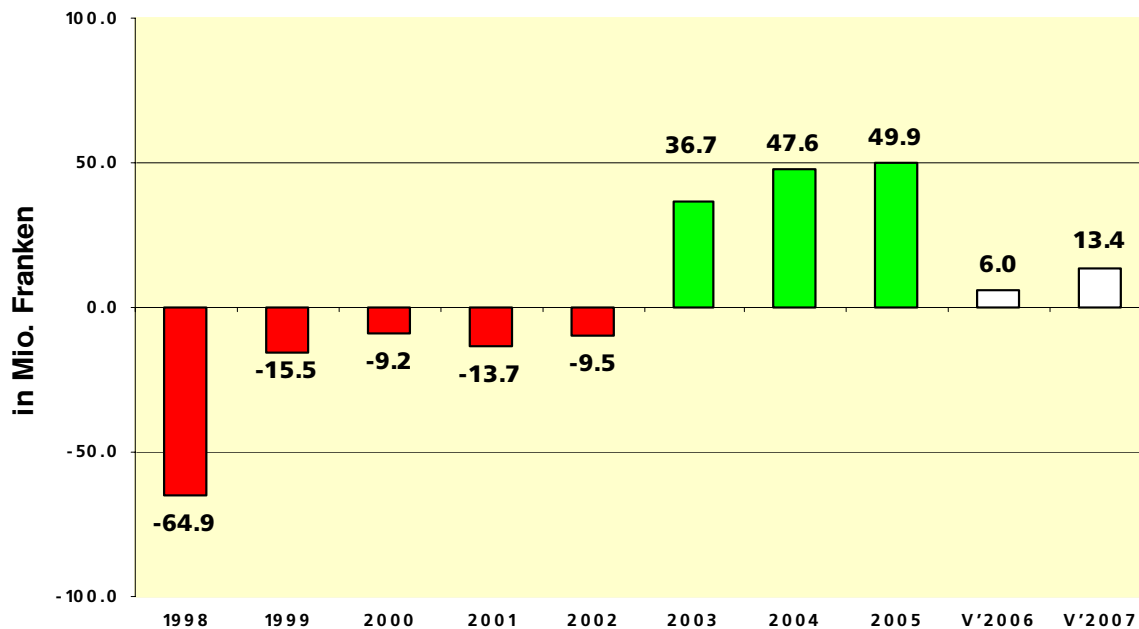
Die Stabilisierung der Finanzlage ist im Wesentlichen auf die bisher erfolgreich durchgeführten und noch geplanten Sanierungsmassnahmen (zwei Sanierungspakete 98/1, 98/2 und strukturelle Massnahmen 99; SO+), sowie auf den im Jahr 2005 erzielten Ertrag aus dem Erlös aus dem Verkauf der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank und den anhaltenden Sparwillen zurückzuführen.

Für die Gewinnung von finanzpolitischem Handlungsspielraum und für den dringend notwendigen weiteren substanziellen Abbau der Verschuldung muss der bewährte Sanierungskurs weitergeführt werden. Insbesondere gilt es, die im Sanierungspaket SO+ beschlossenen Massnahmen möglichst vollständig und termingerecht umzusetzen (vgl. dazu Abschnitt 1.5).

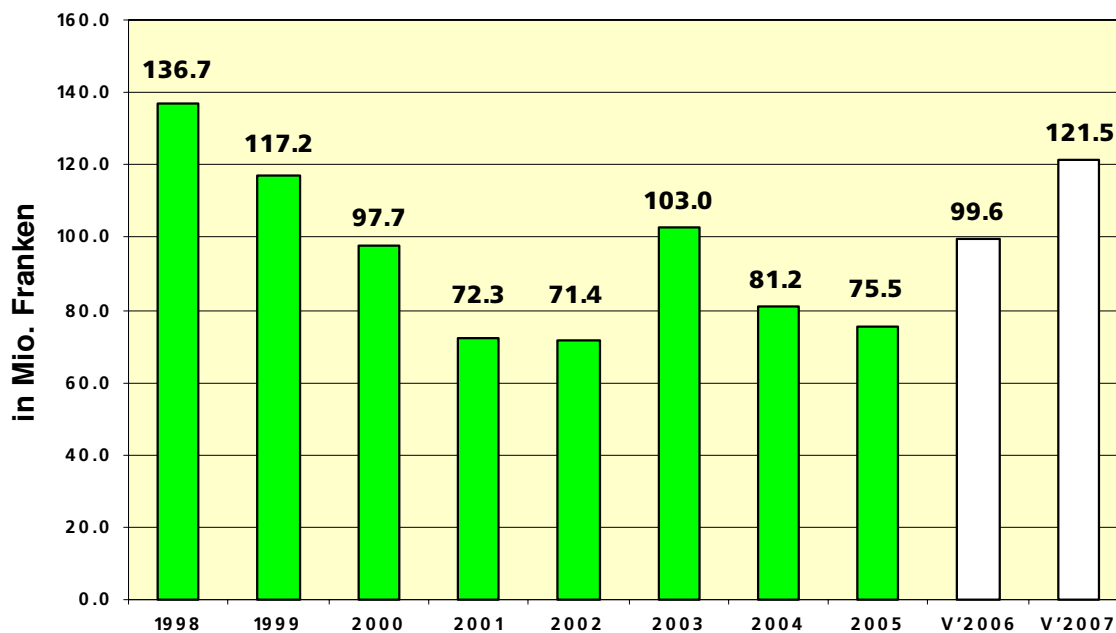
#### 1.4.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der wichtigsten Finanzkennzahlen in den Jahren 1998-2007



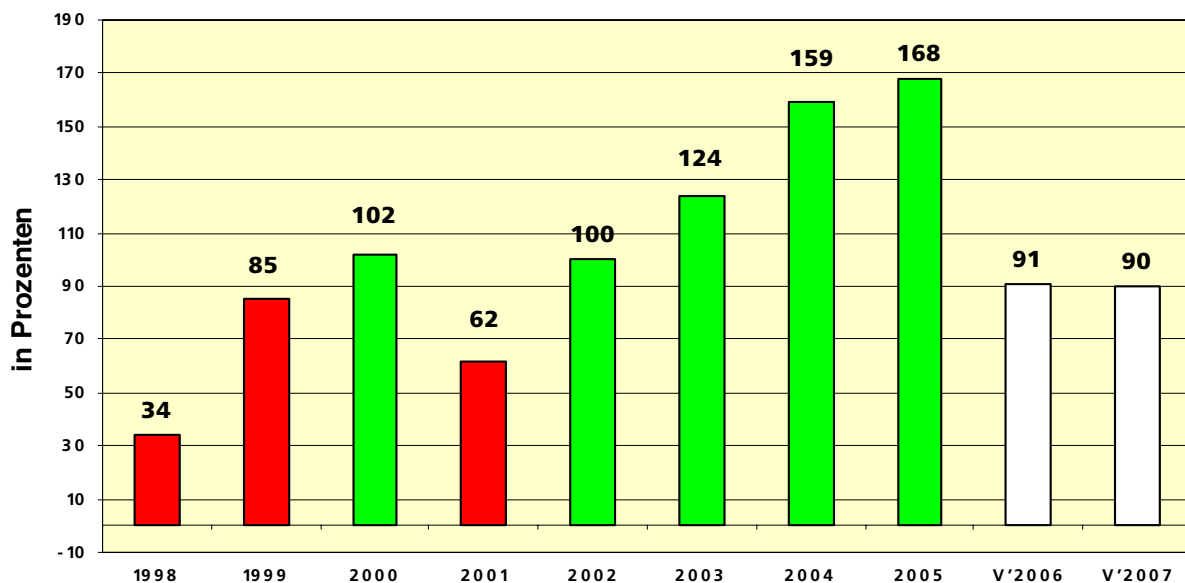
### Operative Aufwand- bzw. Ertragsüberschüsse (ohne Abschreibung Bilanzfehlbetrag, in Mio. Franken)



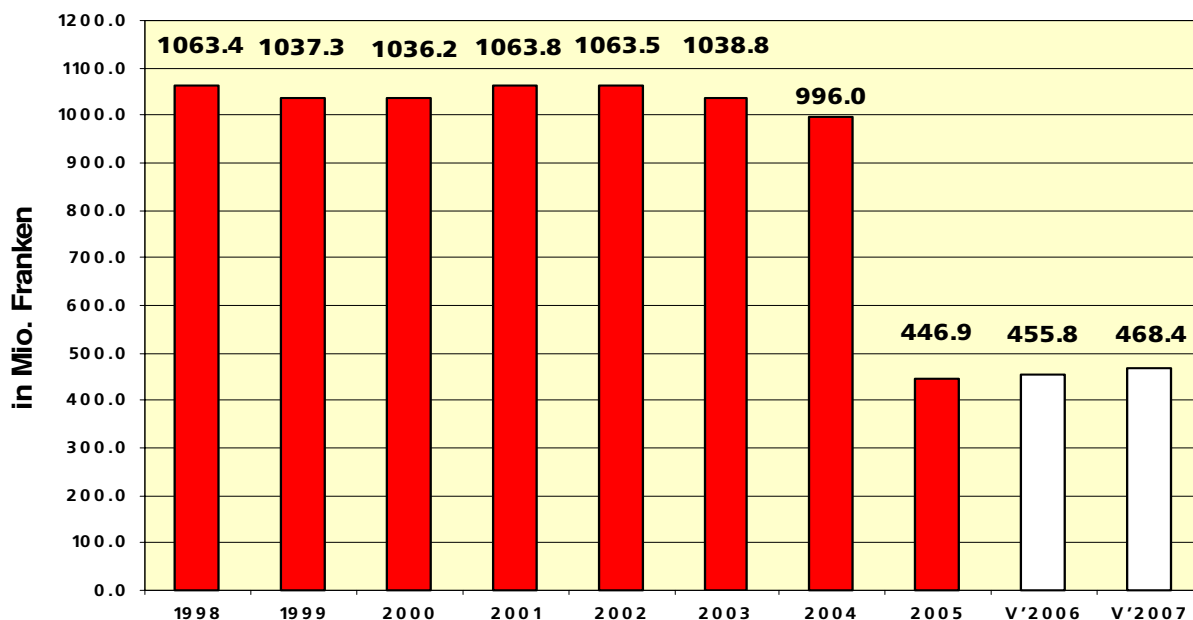
### Nettoinvestitionen (in Mio. Franken)



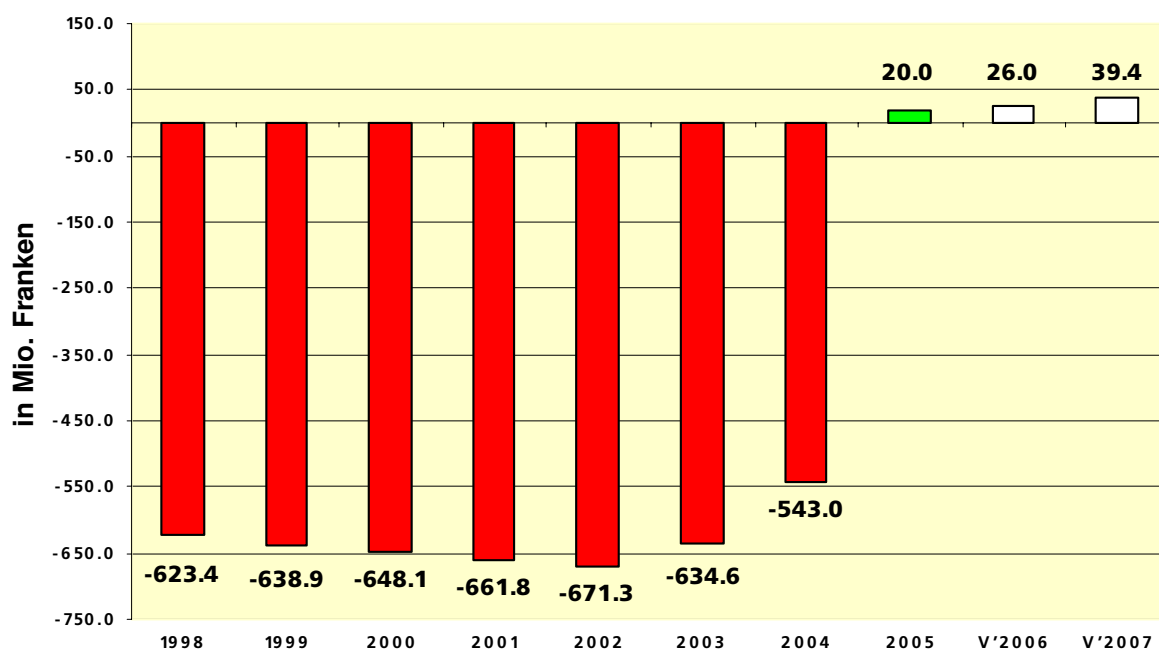
### Selbstfinanzierungsgrad (in %)



### Nettoverschuldung (in Mio. Franken)



### Eigenkapital (+) bzw. Bilanzfehlbetrag (-) (in Mio. Franken)



#### 1.5 Auswirkungen des Reform- und Sanierungspakets SO+

Im Jahr 2000 hat sich der Regierungsrat für eine Reformstrategie, das Projekt SO+, entschieden, die dem Kanton in mehrfacher Hinsicht eine positive Perspektive eröffnen soll. Die Strukturen in der kantonalen Verwaltung, in den Schulen und bei den Gerichten sollen so angepasst werden, dass die wichtigen Aufgaben mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erfüllt werden können. Ein Expertenteam legte im Mai einen Bericht mit 62 Massnahmen vor. Diese Massnahmen wurden im Juni 2000 am „Runden Tisch“ von Vertretern der Parteien und anderen interessierten Organisationen eingehend diskutiert.

Der Regierungsrat unterbreitete dem Kantonsrat anlässlich einer Sondersession im September 2000 60 Massnahmen mit einem Einsparpotenzial von insgesamt 147,5 Mio. Franken. Der Kantonsrat hat 10 Massnahmen gestrichen und den Verpflichtungskredit für Restrukturierungskosten um 10 % von 5,2 auf 4,7 Mio. Franken gekürzt (KRB Nr. 117/2000 vom 27. September 2000). Die verbleibenden 50 Massnahmen vereinigten noch ein kumuliertes Sanierungspotenzial von 95,8 Mio. Franken auf sich, realisierbar bis 2008.

Im Controllingbericht zum Stand der Umsetzung der SO+-Massnahmen per 31. Dezember 2005, integriert im Geschäftsbericht 2005, RRB 2006/601 vom 28.3.2006, wurde das Sanierungspotenzial aufgrund der aktuellen Datenlage neu geschätzt. In diesem Bericht wird das Sanierungspotenzial bis Ende Projektperiode noch auf 73 Mio. Franken prognostiziert (realisiert bis Ende 2005: 66,45 Mio. Franken).

Für das Jahr 2007 sollten gemäss SO+-Controllingbericht gegenüber dem Jahr 2006 (geschätztes Sanierungspotenzial: 68,9 Mio. Franken) zusätzliche Verbesserungen von 2,8 Mio. Franken resultieren.

## 2. Globalbudgets

Im Voranschlag 2007 sind Globalbudgets für folgende Aufgaben enthalten:

<b>Neue Bezeichnung Globalbudget</b> (aufgabenbezogen)	<b>Alte Bezeichnung Globalbudget</b> (dienststellenbezogen)
<b>Behörden</b>	<b>Behörden</b>
- Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	- Parlamentsdienste
<b>Staatskanzlei</b>	<b>Staatskanzlei</b>
- Dienstleistungen der Staatskanzlei	- Staatskanzlei
- Drucksachen/Lehrmittelverlag	- Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag
<b>Bau- und Justizdepartement</b>	<b>Bau- und Justizdepartement</b>
- Führungsunterstützung BJD	- Departementssekretariat BJD
- Raumplanung	- Amt für Raumplanung
- Hochbau	- Hochbauamt
- Strassenbau	- Amt für Verkehr und Tiefbau
- Öffentlicher Verkehr	- Amt für Verkehr und Tiefbau
- Umwelt	- Amt für Umwelt
- Denkmalpflege und Archäologie	- Amt für Denkmalpflege und Archäologie
- Geoinformationen	- Amt für Geoinformation
- Jugendanwaltschaft	- Jugendanwaltschaft
- Staatsanwaltschaft	- Staatsanwaltschaft
<b>Departement für Bildung und Kultur</b>	<b>Departement für Bildung und Kultur</b>
- Führungsunterstützung DBK	- Departementssekretariat DBK
- Volksschulen und Kindergarten	- Amt für Volksschulen und Kindergarten
- Berufsbildung und Berufs- und Studienberatung	- Amt für Berufsbildung und Berufsberatung
- Kultur und Sport	- Amt für Kultur und Sport
- Übergeordnete Führung und Koordination der Mittel- und Hochschulen	- Amt für Mittel- und Hochschulen
- Mittelschulbildung	- Mittelschulen
- Fachhochschulbildung	- Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn inkl. Pädagogische Fachhochschule
- Berufsschulbildung	- Berufsbildungszentren
- Berufsbildung im Gesundheitsbereich	- Bildungszentrum für Gesundheitsberufe
<b>Finanzdepartement</b>	<b>Finanzdepartement</b>
- Führungsunterstützung Finanzdepartement	- Departementssekretariat FD
- Haushaltsmanagement, Controlling, Finanzausgleich Gemeinden und Statistik	- Amt für Finanzen
- Personalwesen	- Personalamt
- Steuerwesen	- Kantonales Steueramt
- Informationstechnologie	- Amt für Informatik und Organisation
- Staatsaufsichtswesen	- Kantonale Finanzkontrolle
- Aufsicht über die Amtschreiberei-Dienstleistungen	- Amtschreibereiinspektorat
- Amtschreiberei-Dienstleistungen	- Amtschreibereien
<b>Departement des Innern</b>	<b>Departement des Innern</b>
- Gesundheit	- Gesundheitsamt
- Solothurnische innerkantonale Spitalversorgung	- Solothurner Spitäler AG
- Soziale Sicherheit	- Amt für soziale Sicherheit
- Öffentliche Sicherheit	- Amt für öffentliche Sicherheit
- Administrative und techn. Verkehrssicherheit	- Motorfahrzeugkontrolle
- Freiheitsstrafen im halboffenen Vollzug	- Strafanstalt Solothurn
- Massnahmenvollzug mit hoher Sicherheit	- Therapiezentrum „im Schache“
- Polizei	- Polizei



<b>Neue Bezeichnung Globalbudget</b> (aufgabenbezogen)	<b>Alte Bezeichnung Globalbudget</b> (dienststellenbezogen)
Volkswirtschaftsdepartement	Volkswirtschaftsdepartement
- Führungsunterstützung VWD und Stiftungsaufsicht	- Departementssekretariat VWD
- Wirtschaft und Arbeit	- Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht
- Gemeinden und Zivilstandsdienst	- Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Wald, Jagd und Fischerei	- Amt für Gemeinden
- Landwirtschaft	- Amt für Wald, Jagd und Fischerei
- Militär und Bevölkerungsschutz	- Amt für Landwirtschaft
	- Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Die Globalbudgetsaldos der Jahre 2006 und 2007 im Vergleich:

<b>Globalbudgets mit einer Aufwandüberschussvorgabe ER</b>	<b>V'2006</b> in Fr. 1'000	<b>V'2007</b> in Fr. 1'000	<b>Diff.</b> VA 07-06
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	832.9	875.1	42.2
Dienstleistungen der Staatskanzlei	3'214.0	3'272.3	58.3
Drucksachen/Lehrmittelverlag	2'899.9	2'827.9	-72.0
Führungsunterstützung BJD	3'443.7	3'325.0	-118.7
Raumplanung	2'672.0	2'725.2	53.2
Hochbau	22'980.0	24'211.0	1'231.0
Strassenbau	24'642.9	27'339.6	2'696.7
Öffentlicher Verkehr	16'263.7	19'324.0	3'060.3
Umwelt	3'503.7	5'087.5	1'583.8
Denkmalpflege und Archäologie	2'304.4	2'443.5	139.1
Geoinformationen	1'567.6	1'728.4	160.8
Jugendanwaltschaft	1'269.4	1'328.1	58.7
Staatsanwaltschaft (abz. Bussen 5.3 Mio.+ NK 0.885 Mio.)	4'012.3	5'226.2	1'213.9
Führungsunterstützung DBK	7'385.4	7'283.7	-101.7
Volksschulen und Kindergarten	8'983.9	11'131.2	2'147.3
Berufsbildung und Berufs- und Studienberatung	5'647.1	5'781.4	134.3
Kultur und Sport	4'424.7	4'774.5	349.8
Übergeord.Führung und Koordination der Mittel-und Hochschulen	517.9	541.8	23.9
Mittelschulbildung	45'545.6	39'660.4	-5'885.2
Fachhochschulbildung	34'400.0	34'450.0	50.0
Berufsschulbildung	27'490.6	29'856.7	2'366.1
Berufsbildung im Gesundheitsbereich	7'530.8	7'618.3	87.5
Führungsunterstützung FD	898.9	925.9	27.0
Haushaltsmanagement, Controlling, Statistik	1'760.4	919.6	-840.8
Personalwesen	4'556.3	4'584.6	28.3
Steuerwesen	17'050.7	17'850.8	800.1
Informationstechnologie	0.0	0.0	0.0
Staatsaufsichtswesen	834.7	837.9	3.2
Aufsicht über die Amtschreiberei-Dienstleistungen	384.2	384.0	-0.2
Gesundheit	5'755.4	5'748.0	-7.4
Solothurnische innerkantonale Spitalversorgung	190'957.0	198'004.0	7'047.0
Soziale Sicherheit	4'885.3	5'515.0	629.7
Öffentliche Sicherheit	4'460.8	3'850.5	-610.3
Freiheitsstrafen im halboffenen Vollzug	1'653.9	1'854.1	200.2
Massnahmenvollzug mit hoher Sicherheit	2'177.4	2'094.5	-82.9
Polizei	44'077.2	45'799.9	1'722.7

<b>Globalbudgets mit einer Aufwandüberschussvorgabe ER</b>	<b>V'2006 in Fr. 1'000</b>	<b>V'2007 in Fr. 1'000</b>	<b>Diff. VA 07-06</b>
Führungsunterstützung VWD und Stiftungsaufsicht	1'624.4	1'616.2	-8.2
Wirtschaft und Arbeit	5'797.0	5'924.7	127.7
Gemeinden und Zivilstandsdienst	3'384.3	3'288.3	-96.0
Wald, Jagd und Fischerei	2'857.8	3'369.0	511.2
Landwirtschaft	9'937.5	10'336.0	398.5
Militär und Bevölkerungsschutz	6'055.7	6'590.8	535.1
<b>Total Aufwandüberschuss</b>	<b>540'641.4</b>	<b>560'305.5</b>	<b>19'664.2</b>

<b>Globalbudgets mit einer Ertragsüberschussvorgabe ER</b>	<b>V'2006 in Fr. 1'000</b>	<b>V'2007 in Fr. 1'000</b>	<b>Diff. VA 07-06</b>
Amtschreiberei-Dienstleistungen	-6'937.60	-5'703.5	1'234.1
Administrative und technische Verkehrssicherheit	-3'594.80	-3'577.7	17.1
<b>Total Ertragsüberschuss</b>	<b>-10532.4</b>	<b>-9281.2429</b>	<b>1251.1571</b>

<b>Globalbudgets mit einer Ausgabenüberschussvorgabe IR</b>	<b>V'2006 in Fr. 1'000</b>	<b>V'2007 in Fr. 1'000</b>	<b>Diff. VA 07-06</b>
Hochbau	40'830.0	43'945.0	3'115.0
-budgetierte Reserveauflösung Hochbau	-6'557.0	-2'000.0	4'557.0
<b>Saldo Hochbau</b>	<b>34'273.0</b>	<b>41'945.0</b>	<b>7'672.0</b>
Strassenbau	51'834.0	53'265.9	1'431.9
-budgetierte Reserveauflösung Strassenbau	-7'165.0	-6'719.0	446.0
<b>Saldo Strassenbau</b>	<b>44'669.0</b>	<b>46'546.9</b>	<b>1'877.9</b>
<b>Informationstechnologie</b>	<b>8'400.0</b>	<b>8'400.0</b>	<b>0.0</b>
Landwirtschaft	2'080.0	2'095.0	15.0
-budgetierte Reserveauflösung Landwirtschaft	0.0	-100.0	-100.0
<b>Saldo Landwirtschaft</b>	<b>2'080.0</b>	<b>1'995.0</b>	<b>-85.0</b>
<b>Total Nettoinvestitionen</b>	<b>89'422.0</b>	<b>98'886.9</b>	<b>9'464.9</b>

### 3. Entwicklung in den einzelnen Departementen

Im Folgenden wird auf besondere Aspekte und Entwicklungen in den einzelnen Departementen hingewiesen. Die Bemerkungen konzentrieren sich auf die allerwichtigsten Punkte. Für die Globalbudgets wird auf die entsprechenden Vorlagen sowie auf die unter "Übersichten" angeführten Darstellungen (Leistungsaufträge mit Produktgruppenzielen, Wirkungs- und Leistungsindikatoren, Standards, Produktgruppenbudgets) der Voranschlagszahlen 2007 hingewiesen.

Im Voranschlag 2007 wird wie im Vorjahr der Aufwand (Kostenarten 3xxxxx und 82000x) und der Ertrag (Kostenarten 4xxxxx) ohne interne Verrechnungen ausgewiesen. Seit 1.1.2006 werden aufgrund der neuen WoV-Gesetzgebung die internen Verrechnungen nach ihrer Beeinflussbarkeit getrennt dargestellt. Die beeinflussbaren internen Verrechnungen (Kostenarten 81xxxx = Verrechnung 1) sind Bestandteil des Globalbudgetsaldos (= Saldo 1); die nicht beeinflussbaren internen Verrechnungen (Kostenarten 80xxxx) beinhalten sowohl die übrigen nicht beeinflussbaren Verrechnungen (Verrechnung 2) als auch die Overheadkosten und die Abgrenzungskosten (kalk. Marktmieten) und sind nur Bestandteil der Produktgruppen-/ Vollkostenrechnung (= Saldo 2).

### 3.1 Erfolgsrechnung

#### 3.1.1 Behörden

Der Aufwand beträgt 5,2 Mio. Franken (2006: 4,8 Mio. Franken), der Ertrag 0,3 Mio. Franken (2006: 0,5 Mio. Franken) und die internen Verrechnungen 1,7 Mio. Franken. Der Nettoaufwand der Behörden wird seit 2005 nicht mehr als Overheadkosten den übrigen Verwaltungseinheiten weiterverrechnet.

Die Parlamentsdienste werden mit dem Globalbudget „Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat“ geführt. Im Voranschlag werden deshalb nur noch die Globalbudgetbeträge ausgewiesen. Für Einzelheiten kann auf die Produktgruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

#### 3.1.2 Staatskanzlei

Der Aufwand beträgt 11,5 Mio. Franken (2006: 11,4 Mio. Franken), der Ertrag 3,2 Mio. Franken (2006: 3,2 Mio. Franken) und die internen Verrechnungen 6,2 Mio. Franken. Der Nettoaufwand der Staatskanzlei wird zu 50% als Overheadkosten den übrigen Verwaltungseinheiten weiterverrechnet.

Die Staatskanzlei im engeren Sinne (inkl. Staatsarchiv) und die Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag werden mit Globalbudget geführt. In der institutionellen Gliederung des Voranschlags werden deshalb für diese Dienststellen nur noch die Globalbudgetbeträge ausgewiesen. Für Einzelheiten kann auf die Produktgruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 ‚Globalbudgets‘ verwiesen werden.

#### 3.1.3 Bau- und Justizdepartement

##### a) Allgemeine Bemerkungen

Der Aufwand des Bau- und Justizdepartementes beträgt 200,4 Mio. Franken (2006: 184,9 Mio. Franken), der Ertrag 128,9 Mio. Franken (2006: 119,1 Mio. Franken) und die internen Verrechnungen 71,3 Mio. Franken (2006: 74,3 Mio. Franken). Durch die Verrechnung der Mieten an die Spitäler und die Fachhochschule (total 35,2 Mio. Franken) entsteht nur noch ein Aufwandüberschuss von 0,3 Mio. Franken (2006: Ertragsüberschuss von 8,5 Mio. Franken). Die Verschlechterung gegenüber dem Voranschlag 2006 ist insbesondere auf Mehraufwendungen in den Globalbudgets ‚Hochbau‘, ‚Strassenbau‘, ‚Umwelt‘ und ‚Staatsanwaltschaft‘ zurückzuführen.

Im Bau- und Justizdepartement werden die folgenden Verwaltungseinheiten mit Globalbudget (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) geführt:

- Departementssekretariat
- Amt für Raumplanung
- Hochbauamt
- Amt für Verkehr und Tiefbau
- Amt für Umwelt
- Amt für Denkmalpflege und Archäologie
- Amt für Geoinformation
- Jugendanwaltschaft
- Staatsanwaltschaft (neu, ab 1.1.2007)

In der institutionellen Gliederung des Voranschlags werden deshalb bei diesen Dienststellen nur noch die Globalbudgetbeträge ausgewiesen. Für Einzelheiten kann auf die Produktgruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

#### b) Spezialfinanzierung Strassenbaufonds

Die Finanzierung des Strassenbaufonds ist unter der Kontengruppe 6039 „Finanzierung Strassenbaufonds“ ausgewiesen.

Der Aufwand im Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT) wird, soweit er den Strassenbau und –unterhalt betrifft, vollumfänglich durch die zweckgebundenen Mittel aus den Motorfahrzeugsteuern und –gebühren sowie durch einen Bezug aus der Spezialfinanzierung abgedeckt. Zulasten der ordentlichen Mittel gehen dagegen die Beiträge an den öffentlichen Verkehr. Hier liegen die Nettoaufwendungen mit 19,4 Mio. Franken (2006: 16,3 Mio. Franken) um 3,1 Mio. Franken über dem Niveau des Vorjahres. Höhere kantonale Abgeltungen wegen dem Entlastungsprogramm 04 des Bundes, die Übernahme der Abgeltungen des Schülerverkehrs vom Departement für Bildung und Kultur sowie höhere Abschreibungen bei den bedingt rückzahlbaren Darlehen sind dafür verantwortlich.

Die Abschreibungen der laufenden Investitionen im Strassenbau belaufen sich auf total 59,2 Mio. Franken (2006: 51,8 Mio. Franken). Im Kantonsstrassenbau nehmen die Investitionen infolge der Umfahrungsprojekte um 7,4 Mio. Franken zu (53,3 Mio. Franken.). Nach der Fertigstellung der A5 beansprucht der Nationalstrassenbau noch 5,9 Mio. Franken (2006: 6,0 Mio. Franken).

Die Zuweisung des Bundes aus dem allgemeinen Treibstoffzollanteil an den Strassenbaufonds steigt um 2,3 Mio. Franken; sie beträgt 12,4 Mio. Franken und wird je zur Hälfte (6,2 Mio. Franken) der Erfolgsrechnung und der Spezialfinanzierung ‚Strassenbaufonds‘ zugewiesen. Die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA, welche 2001 erstmals angefallen ist, wird seit 2002 vollumfänglich dem ‚Strassenbaufonds‘ zugewiesen. Im Jahr 2007 beträgt die Zuweisung an den Strassenbaufonds aufgrund der LSVA 10,2 Mio. Franken.

Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Spezialfinanzierung gedeckt. Trotz der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer im Zusammenhang mit den beiden Umfahrungsprojekten in Solothurn und Olten muss mit einer Entnahme aus der Spezialfinanzierung von 28,1 Mio. Franken gerechnet werden. Die Fondsverschuldung wird deshalb bis Ende 2007 auf voraussichtlich 64,7 Mio. Franken steigen.

### 3.1.4 Departement für Bildung und Kultur

#### a) Allgemeine Bemerkungen

Der Aufwand des Departementes für Bildung und Kultur beträgt 367,2 Mio. Franken (2006: 361,2 Mio. Franken), der Ertrag 36,8 Mio. Franken (2006: 35,3 Mio. Franken) und die internen Verrechnungen 22,7 Mio. Franken (2006: 23,5 Mio. Franken). Der Aufwandüberschuss zulasten des Kantons steigt um 3,9 Mio. Franken auf total 353,2 Mio. Franken (2006: 349,3 Mio. Franken).

Alle Dienststellen des Departementes für Bildung und Kultur werden mit Globalbudget (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) geführt. Konkret sind dies die folgenden Verwaltungseinheiten:

- Departementssekretariat
- Amt für Volksschule und Kindergarten
- Amt für Berufsbildung und Berufsberatung
- Amt für Kultur und Sport

- Mittelschulen (Kantonsschulen Solothurn und Olten)
- Amt für Mittel- und Hochschulen
- Fachhochschule Nordwestschweiz
- Berufsschulen (Berufsbildungszentren Solothurn-Grenchen und Olten)
- Bildungszentrum für Gesundheitsberufe

Die Staatsbeiträge im Bereich Volksschule und Kindergarten sind nicht im Globalbudget des Amtes für Volksschule und Kindergarten enthalten, sondern werden separat abgerechnet und ausgewiesen. In der institutionellen Gliederung zum Voranschlag werden für die obgenannten Dienststellen nur noch die Globalbudgetbeträge ausgewiesen. Für Einzelheiten kann auf die Produktegruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

b) Kostenentwicklung je Schultyp

Die folgende Tabelle orientiert über Nettoaufwendungen für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Franken):

<b>Jahr</b>	<b>Volks- schulen</b>	<b>Mittel- schulen (bis R03 mit PH)</b>	<b>Berufs- schulen (ab V'06 inkl. BZG und HFT)</b>	<b>Fachhochschu- len / höhere Fachschulen (ab R04 mit PH, ab V'06 ohne HFT)</b>	<b>Hoch- schulen</b>	<b>Total</b>
R'03	<sup>1)</sup> 134'171	63'776	31'427	14'840	23'494	<sup>1)</sup> 268'044
R'04	<sup>2)</sup> 117'084	52'364	31'684	25'978	25'617	<sup>2)</sup> 252'727
R'05	<sup>3)</sup> 123'178	54'812	32'751	25'520	26'008	<sup>3)</sup> 262'269
V'06	133'571	54'739	44'155	34'400	29'540	296'405
V'07	143'788	48'824	45'654	34'450	27'560	300'276

- 1) inkl. Bildung Rückstellungen von 13,6 Mio. Fr. für noch nicht geleistete Subventionen an Lehrerbesoldungen für die Jahre 2001-2003
- 2) inkl. Abgrenzungen für noch nicht geleistete Subventionen an Sonderschulen, Sonderschulheime gem. Finanzkontrolle und Berichtigung der Klassifikationen 2002-2004 gem. RRB 2004/2472 vom 6.12.2004
- 3) keine Bildung von Rückstellungen

Gegenüber dem Vorjahr ist im Schulbereich ein Mehraufwand von 3,9 Mio. Franken festzustellen. Diese Erhöhung ist folgendermassen zu erklären:

- Im Bereich der Volksschulen ist der Mehraufwand insbesondere auf den Wegfall der Gemeindebeiträge an Logopädie/Legasthenie und den Schulpsychologischen Dienst als Kompensation für die Mehrbelastung infolge Mittelschulgesetz zurückzuführen. Weiter werden die Beiträge der Gemeinden für progymnasialen Unterricht neu bei den Mittelschulen vereinnahmt. Die GAV-Einführung, der Teuerungsausgleich und der Stufenanstieg wirken sich auch auf die Volksschullehrkraftsubventionen aus.
- Bei den Mittelschulen ist der Minderaufwand hauptsächlich auf die Beiträge der Gemeinden an den gymnasialen Unterricht während der obligatorischen Schulzeit zurückzuführen. Deren Höhe richtet sich neu nach dem regionalen Schulabkommen.
- Im Bereich der Berufsschulen ist der Mehraufwand hauptsächlich auf die Besoldungen zurückzuführen (Auswirkungen GAV, Teuerung, Stufenanstieg).
- Der Beitrag an die universitären Hochschulen wurde entsprechend dem Rechnungsergebnis 2005 angepasst.

## 3.1.5 Finanzdepartement

## a) Allgemeine Bemerkungen

Mit einem Ertrag von 1'060,5 Mio. Franken (2006: 1'024,4 Mio. Franken), einem Aufwand von 153,4 Mio. Franken (2006: 180,0 Mio. Franken) und internen Verrechnungen von 10,0 Mio. Franken (2006: 19,6 Mio. Franken) resultiert ein Nettoertrag von 917,1 Mio. Franken (2006: 864,0 Mio. Franken).

Alle Dienststellen des Finanzdepartementes werden mit Globalbudget (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) geführt. Konkret sind dies die folgenden Verwaltungseinheiten:

- Departementssekretariat
- Amt für Finanzen
- Personalamt
- Kantonales Steueramt
- Amt für Informatik und Organisation
- Kantonale Finanzkontrolle
- Amtschreiberei-Inspektorat
- Amtschreibereien (inkl. Kantonales Handelsregisteramt, Kantonales Konkursamt, und alle Betreibungsämter)

In der institutionellen Gliederung zum Voranschlag werden deshalb bei diesen Dienststellen nur noch die Globalbudgetbeträge ausgewiesen. Für Einzelheiten kann auf die Produktgruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

## b) Wichtigste Erträge

Die grössten Erträge stammen aus den kant. Steuern und den Nebensteuern, den Bundesanteilen und den Gebühren der Amtschreibereien. Folgende Entwicklung wird veranschlagt:

## - Staatssteuern

Staatssteuern (in Mio. Fr.)	V'06	V'07	Differenz	
			absolut	in %
Staatssteuer nat. Personen*/**	575,0	589,9	+ 14,9	+ 2,6
Staatssteuer jur. Personen*	97,0	109,0	+ 12,0	+ 12,4
Finanzausgleichsteuer	9,0	10,1	+ 1,1	+ 12,2
Bussen (Strafsteuer)	0,5	0,5	-	-
Grenzgängerbesteuerung	1,2	1,2	-	-
Grundst.gewinnsteuer (netto)	4,9	5,0	+ 0,1	+ 2,0
<b>Total</b>	<b>687,6</b>	<b>715,7</b>	<b>+ 28,1</b>	<b>+ 4,1</b>

\* inkl. Erträge aus Vorjahren

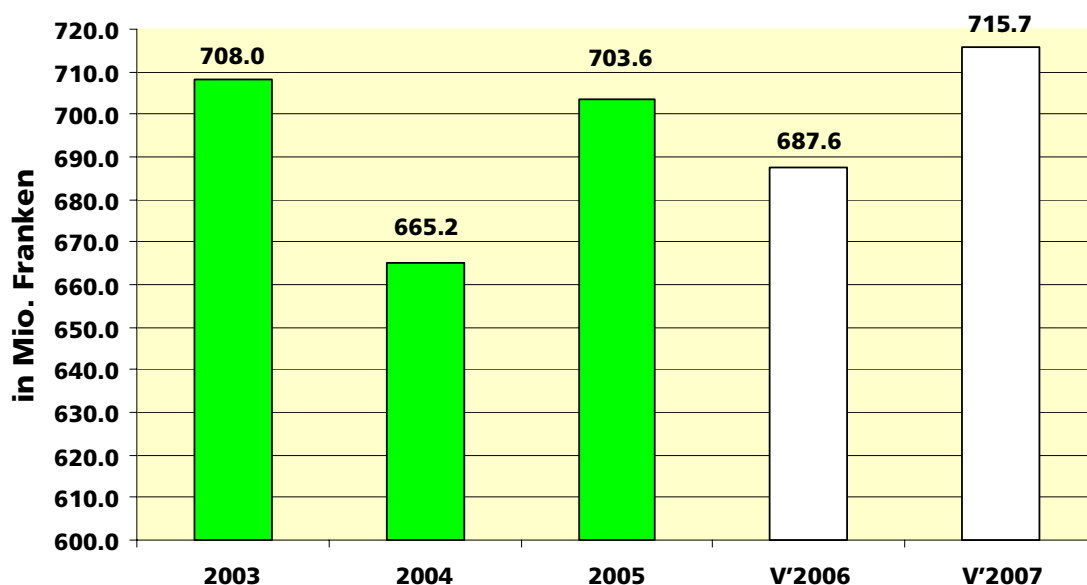
\*\* inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern (seit 1997), Kapitalabfindungssteuern (seit 2000), übrige Sondersteuern (seit 2000) und Spitalsteuern aus Vorjahren (seit 2006)

<b>Staatssteuern (in Mio. Fr.)</b>	<b>R'03</b>	<b>R'04</b>	<b>R'05</b>	<b>V'06</b>	<b>V'07</b>
Staatssteuer nat. Personen*/**	610,0	581,1	577,1	575,0	589,9
Staatssteuer jur. Personen*	83,3	70,7	109,1	97,0	109,0
Finanzausgleichsteuer	8,4	7,1	10,9	9,0	10,1
Bussen (Strafsteuer)	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5
Grenzgängerbesteuerung	1,3	1,1	1,3	1,2	1,2
Grundst.gewinnsteuer (netto)	4,5	4,5	4,7	4,9	5,0
<b>Total</b>	<b>708,0</b>	<b>665,2</b>	<b>703,6</b>	<b>687,6</b>	<b>715,7</b>

\* inkl. Erträge aus Vorjahren

\*\* inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern (seit 1997), Kapitalabfindungssteuern (seit 2000), übrige Sondersteuern (seit 2000) und Spitalsteuern aus Vorjahren (seit 2006)

### Staatssteuertrag 2003 - 2007 (in Mio. Franken)



Beim Vergleich mit den Vorjahren sind zwei Gesetzesrevisionen zu beachten. Ab dem 1. Januar 2006, dem Inkrafttreten des Spitalgesetzes, wird die Spitalsteuer nicht mehr erhoben. Stattdessen wird der Steuerfuss für die Staatssteuer von bisher 100 Prozent auf 108 Prozent erhöht. Daraus resultiert für den Steuerzahler gegenüber den Jahren 2002-2005, als zusätzlich zur ganzen Staatssteuer noch eine Spitalsteuer von 10 Prozent erhoben wurde, eine Entlastung von 2 Steuerfussprozenten.

Noch ein letztes Mal sind Auswirkungen der Teilrevision des Steuergesetzes per 01.01.2004 zu beachten, nämlich die Erhöhung der Kinderabzüge (Sozialabzug und Versicherungsprämienabzug) ab Steuerperiode 2005. Der entsprechende Minderertrag der Staatssteuer der natürlichen Personen beläuft sich auf 0,9 Prozent oder rund 5 Mio. Franken. Er wirkt sich im Vorbezug 2007 aus. Im Vergleich zum Rechnungsjahr 2005 steigt der Steuerertrag der natürlichen Personen insgesamt um 2,2 Prozent oder 12,8 Mio. Franken auf 589,9 Mio. Franken. Weiterhin sehr erfreulich ist die Ertragslage bei den juristischen Personen. Der budgetierte Staatssteuerertrag von 109 Mio. Franken entspricht dem Spitzenergebnis der Rechnung 2005. Dabei ist berücksichtigt, dass der Kapitalsteuertarif nach 2004 ab der Steuerperiode 2006 nochmals gesenkt worden ist. Keine wesentlichen Auswirkungen hat die Teilrevision des Steuergesetzes per 01.01.2006 (v.a. Fusionsrecht).

## - Nebensteuern

Gestützt auf Hochrechnungen der Zahlen des laufenden Jahres kann aus Nebensteuern für 2007 ein Ertrag von 46,6 Mio. Franken erwartet werden. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge für die Jahre 2003 - 2007:

<b>Nebensteuern</b> (in Mio. Fr.)	<b>R'03</b>	<b>R'04</b>	<b>R'05</b>	<b>V'06</b>	<b>V'07</b>
Handänderungssteuer	27,5	30,0	27,9	28,5	28,5
Erbschaftssteuer	11,2	15,7	15,5	12,5	12,5
Nachlastaxe	4,8	4,6	5,9	5,0	5,0
Schenkungssteuer	0,7	0,9	0,6	0,8	0,6
<b>Total</b>	<b>44,2</b>	<b>51,2</b>	<b>49,9</b>	<b>46,8</b>	<b>46,6</b>

## - Erträge aus Bundesanteilen

Die Erträge aus Bundesanteilen werden in enger Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Finanzverwaltung ermittelt. Die Zunahme der Bundesanteile ist insbesondere auf die erhöhten direkten Bundessteuern und den erhöhten Finanzausgleichsbeitrag zurückzuführen.

<b>Bundesanteile</b> (in Mio. Franken)	<b>R'03</b>	<b>R'04</b>	<b>R'05</b>	<b>V'06</b>	<b>V'07</b>
Reingewinn Nationalbank	0,2	0,2	- 0,2	0,2	-
Ertrag Nationalbank	53,7	63,2	65,2	67,5	57,9
Direkte Bundessteuer	39,7	40,4	43,9	47,0	54,4
Verrechnungssteuer	4,6	8,5	13,1	9,8	10,5
Finanzausgleichsbeitrag	56,5	58,8	61,9	69,0	79,5
Allg. Treibstoffzollanteil*	4,8	5,5	5,7	5,0	6,2
LSVA*	-	-	-	-	-
<b>Total</b>	<b>159,5</b>	<b>176,6</b>	<b>189,6</b>	<b>198,5</b>	<b>208,5</b>

\* entspricht nur dem Anteil am Allg. Treibstoffzollanteil und der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), welche der allgemeinen Staatsrechnung zugewiesen werden (ab 1.1.2003 Kontengruppe 6416, bis 2002 Kontengruppe 6034).

## - Gebühren der Amtschreibereien

Seit 2003 ist folgende Entwicklung der Gebührenerträge zu verzeichnen:

<b>Gebühren Amtschreibereien</b>	<b>R'03</b>	<b>R'04</b>	<b>R'05</b>	<b>V'06</b>	<b>V'07</b>
(in Mio. Franken)					
<b>Total</b>	<b>31,9</b>	<b>33,7</b>	<b>32,4</b>	<b>33,5</b>	<b>32,7</b>

## c) Grösste Aufwandpositionen

## - Zinsendienst

Die Passivzinsen belasten den Voranschlag mit total 38,1 Mio. Franken, d.h. um 5,2 Mio. Franken weniger als im Voranschlag 2006. Die Vermögenserträge nehmen um 3,5 Mio. Franken zu. Der Rückgang des Nettozinsaufwandes ist auf die Ausschüttung der Erlöse aus dem Verkauf der nicht mehr benötigten Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank an die Kantone im Jahr 2005 zurückzuführen (Kanton Solothurn: 475 Mio. Franken).

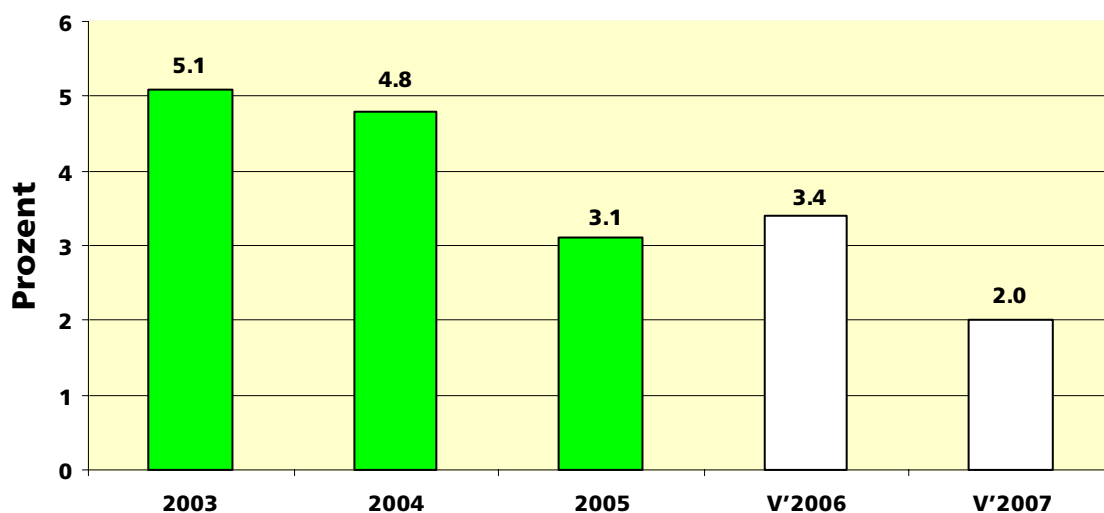
Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes wird nach Neuem Rechnungsmodell der Sachgruppe 32 (Passivzinsen) die Sachgruppe 42 (Vermögenserträge) gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung (vgl. Übersichten) gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2003 zeigt sich wie folgt:



<b>Zinsendienst</b> (in Mio. Fr.)	<b>R'03</b>	<b>R'04</b>	<b>R'05</b>	<b>V'06</b>	<b>V'07</b>
Passivzinsen (Sachgr. 32)	51,9	49,3	45,9	43,3	38,1
- Vermögensertr. (Sachgr. 42) (ohne Buchgewinne+Mietzinserträge)	16,0	17,2	23,8	20,1	23,6
= Nettozinsaufwand	35,9	32,1	22,1	23,2	14,5
Total Staatssteuern	708,0	665,2	703,6	687,6	715,7
Nettozinsaufwand in %	5,1	4,8	3,1	3,4	2,0

Gestützt auf diese Berechnung müssen von 100 Franken Staatssteuerertrag 2.00 Franken für die Deckung des Nettozinsaufwandes verwendet werden.

### **Nettozinsaufwand in % des Steuerertrages 2003-2007** (in Mio. Franken)



- Ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden, wie im laufenden Jahr, mit 10 % budgetiert. Zusätzliche Abschreibungen sind nicht vorgesehen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen verändert sich wie folgt:

Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 1.1.2007	280,9 Mio. Fr.
Aktivierungen des Jahres 2007	<u>71,6 Mio. Fr.</u>
Verwaltungsvermögen per 31.12.2007	<u>352,5 Mio. Fr.</u>
davon:	
10 % Abschreibung 2007	<u>35,3 Mio. Fr.</u>

- Abschreibungen auf dem Finanzvermögen

Die 'erlassenen und uneinbringlichen Staats-, Spital- und Finanzausgleichssteuern juristische Personen' werden im Sinne des Bruttoprinzips und einer verbesserten Transparenz separat aufgezeigt. Die vorgesehenen Abschreibungen basieren auf Erfahrungswerten der Rechnung 2005 sowie des 1. Halbjahres 2006 und sind wie folgt budgetiert:

- Staatssteuern natürliche Personen	9'300'000 Franken
- Staatssteuern juristische Personen	500'000 Franken
- Spitalsteuern	100'000 Franken
- Sondersteuern	350'000 Franken
- Finanzausgleichssteuern	<u>50'000 Franken</u>
Total	<u>10'300'000 Franken</u>

Die budgetierten Abschreibungen machen rund 1,4 % des gesamten Staatssteuerertrages aus (Voranschlag 2006: 1,5 %).

- Abschreibungen auf Spezialfinanzierungen

Auf den Spezialfinanzierungen (insbesondere Strassenbauten) werden die Nettoinvestitionen in der Höhe von insgesamt 60,2 Mio. Franken (Voranschlag 2006: 53,2 Mio. Franken) vollständig abgeschrieben.

- Gesamtabschreibungssatz

Der Gesamtabschreibungssatz wird wie folgt berechnet:

	<u>Mio. Fr.</u>
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 31.12.2007	352,5
Abzuschreibende Nettoinvestitionen der Spezialfinanzierung 2007	<u>60,2</u>
Total abzuschreibende Aktiven	<u>412,7</u>
Abschreibung auf Verwaltungsvermögen (10 %)	35,3
Abschreibung auf Spezialfinanzierungen (100 %)	<u>60,2</u>
Für Berechnung Gesamtabschreibungssatz massgebende Abschreibungsgrösse	<u>95,5</u>

$$\text{Gesamtabschreibungssatz} = 95,5 : 412,7 \times 100 = 23,1 \%$$

Von den per 31. Dezember 2007 abzuschreibenden Aktiven des Verwaltungsvermögens und der Spezialfinanzierungen von insgesamt 412,7 Mio. Franken werden zulasten der Erfolgsrechnung 35,3 Mio. Franken und zulasten von Spezialfinanzierungen 60,2 Mio. Franken abgeschrieben. Der Gesamtabschreibungssatz erreicht mit 23,1 % (Voranschlag 2006: 23,1 %, Rechnung 2005: 24,6 %) erneut ein sehr hohes Niveau.

### 3.1.6 Departement des Innern

#### a) Allgemeine Bemerkungen

Insgesamt ist bei einem Aufwand von 704,0 Mio. Franken (2006: 668,9 Mio. Franken), einem Ertrag von 286,7 Mio. Franken (2006: 275,4 Mio. Franken) und internen Verrechnungen von 66,0 Mio. Franken (2006: 65,9 Mio. Franken) ein Nettoaufwand von 483,3 Mio. Franken (2006: 459,4 Mio. Franken) budgetiert. Die Verschlechterung gegenüber dem Voranschlag ist insbesondere auf Mehrkosten bei den ausserkantonalen Spitalbehandlungen (+3,0 Mio. Franken), beim Staatsbeitrag an die Spital AG (+7,0 Mio. Franken) sowie Mehrkosten bei den Sozialversicherungen (+11,8 Mio. Franken) zurückzuführen.

Alle Dienststellen des Departementes des Innern werden mit Globalbudget (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) geführt. Konkret sind dies die folgenden Verwaltungseinheiten:

- Gesundheitsamt
- Solothurner Spitäler AG
- Amt für soziale Sicherheit

- Amt für öffentliche Sicherheit
- Motorfahrzeugkontrolle
- Strafanstalt Schöngrün
- Therapiezentrum „im Schache“
- Polizei

b) Ausserkantonale Spitalbehandlungen

Für die Kosten der Spitalbehandlungen gemäss KVG sind mit 53,0 Mio. Franken um 3,0 Mio. Franken höher als im Vorjahr budgetiert (2006: 50,0 Mio. Franken).

c) Prämienverbilligung, Ergänzungsleistungen AHV / IV

Für die Prämienverbilligung an die Versicherten gemäss KVG sind 98,6 Mio. Franken (2006: 87,7 Mio. Franken) vorgesehen. Der Bundesbeitrag beträgt 72,4 Mio. Franken (2006: 64,1 Mio. Franken). Dieses Jahr wird keine Entnahme aus dem Ausgleichskonto budgetiert, so dass die Nettobelastung 2007 für den Kanton 26,2 Mio. Franken (2006: 23,6 Mio. Franken) beträgt.

Für Ergänzungsleistungen AHV/IV ist ein Aufwand von 105,0 Mio. Franken und ein Ertrag aus Beiträgen von Bund und Gemeinden von 60,1 Mio. Franken oder ein Aufwandüberschuss von 44,9 Mio. Franken (2006: 36,9 Mio. Franken) eingesetzt. Die Ergänzungsleistung ist eine Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden. Sie dient als Ausgleich für die Folgen der Aufgabenreform soziale Sicherheit. Der Gemeindeanteil basiert auf 51% (2006: 54%). Der Aufwand für Sozialversicherungen AHV und IV beträgt insgesamt 85,7 Mio. Franken (2006: 84,4 Mio. Franken). Seit der Aufgabenreform Soziale Sicherheit steht dem Aufwand kein Ertrag mehr gegenüber. Der Bund legt die Kantonsanteile an den Sozialversicherungskosten fest. Die jährlichen Steigerungen in diesen Leistungsfeldern sind nicht steuerbar.

d) Soziale Dienste, soziale Institutionen und Sozialhilfe

Der Nettoaufwand für soziale Dienste beträgt 1,5 Mio. Franken. Die Aufwendungen dienen der Ausrichtung der Opferhilfe.

Der Nettoaufwand für soziale Institutionen beläuft sich auf insgesamt 6,1 Mio. Franken (2006: 6,3 Mio. Franken). Der Betriebsbeitrag an die Heime beträgt netto 4,1 Mio. Franken (2006: 4,0 Mio. Franken). Die Kosten der GASS-Suchthilfe (4,6 Mio. Franken) werden vollumfänglich von den Einwohnergemeinden und dem Alkoholzehntel getragen.

Unter der Sozialhilfe werden aufgrund der Aufgabenreform Soziale Sicherheit (Volksbeschluss vom 7.6.1998) die kantonalen Erträge aus Rückerstattungen sowie die Entnahme aus dem Ausgleichskonto Asyl ausgewiesen.

e) Verkehrseinnahmen

Die Verkehrseinnahmen von 61,2 Mio. Franken (2006: 61,2 Mio. Franken) werden für die Finanzierung von Strassenbau und -unterhalt, polizeilichen Aufwendungen im Strassenverkehr sowie anderen Verkehrsausgaben verwendet. Details dazu sind unter der Kontengruppe 6671 "Verkehrseinnahmen und deren Verwendung" ausgewiesen.

### 3.1.7 Volkswirtschaftsdepartement

Insgesamt ist bei einem Aufwand von 156,2 Mio. Franken (2006: 127,7 Mio. Franken), einem Ertrag von 111,2 Mio. Franken (2006: 101,1 Mio. Franken) und internen Verrechnungen von 2,3 Mio. Franken (2006: 9,0 Mio. Franken) ein Nettoaufwand von 42,7 Mio. Franken (2006: 35,6 Mio. Franken) budgetiert. Die Erhöhung des Nettoaufwandes ist auf den Transfer des Finanzaus-

gleichs (Staatsbeitrag von 7,0 Mio. Franken) vom Finanzdepartement ins Volkswirtschaftsdepartement zurückzuführen.

Alle Dienststellen des Volkswirtschaftsdepartementes werden mit Globalbudget (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) geführt. Konkret sind dies die folgenden Verwaltungseinheiten:

- Departementssekretariat (inkl. berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht)
- Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Amt für Gemeinden
- Amt für Wald, Jagd und Fischerei
- Amt für Landwirtschaft
- Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

In der institutionellen Gliederung zum Voranschlag werden deshalb bei diesen Dienststellen nur noch die Globalbudgetbeträge ausgewiesen. Für Einzelheiten kann auf die Produktegruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 ‚Globalbudgets‘ verwiesen werden.

### 3.1.8 Gerichte

Dem budgetierten Aufwand von 21,4 Mio. Franken (2006: 20,2 Mio. Franken) stehen Erträge von 5,3 Mio. Franken (2006: 6,1 Mio. Franken) und interne Verrechnungen von 2,7 Mio. Franken (2006: 3,1 Mio. Franken) gegenüber. Der Aufwandüberschuss beträgt 18,8 Mio. Franken (2006: 17,2 Mio. Franken).

Der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung mit Globalbudget (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) ist bei den Gerichten auf den 1. Januar 2008 vorgesehen.

## 3.2 Investitionsrechnung

### 3.2.1 Übersicht

Die Nettoinvestitionen im Betrag von 121,5 Mio. Franken liegen um 22,0 Mio. Franken über dem Voranschlag 2006. Von den Nettoinvestitionen von 121,5 Mio. Franken sind 35,7 Mio. Franken für die Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten (inkl. Landkäufe von 19,7 Mio. Franken) vorgesehen.

Zu den wichtigsten Positionen im Investitionsbudget zählen (Brutto-Ausgaben):

- Bildungs- und Allgemeine Bauten	13,3 Mio. Fr.
- Spitalbauten	30,9 Mio. Fr.
- Kantonsstrassenbau	89,1 Mio. Fr.
- Nationalstrassenbau	38,5 Mio. Fr.
- Investitionsbeiträge an den öffentlichen Verkehr	5,0 Mio. Fr.
- Beiträge im Bereich Umwelt (Fluss- und Bachverbauungen, Abfallanlagen)	3,0 Mio. Fr.
- Amtliche Vermessung	3,3 Mio. Fr.
- Informatikprojekte für die allg. Verwaltung	8,4 Mio. Fr.
- Projekt POLYCOM (Neues Sicherheitsfunknetz für den Kanton Solothurn)	8,0 Mio. Fr.
- Beiträge an Strukturverbesserungsmassnahmen in der Landwirtschaft	6,8 Mio. Fr.

### 3.2.2 Bau- und Justizdepartement

#### a) Allgemeine Bemerkungen

Für Investitionen unter der Leitung des Bau- und Justizdepartementes sind insgesamt Ausgaben von 183,5 Mio. Franken (2006: 168,5 Mio. Franken) und Einnahmen von 77,6 Mio. Franken (2006: 73,0 Mio. Franken) budgetiert. Die Nettoinvestitionen erreichen ein Volumen von 105,9 Mio. Franken und liegen damit um 10,4 Mio. Franken über dem Voranschlag 2006 (95,5 Mio. Franken). Die Ausgaben für die Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten betragen 57,4 Mio. Franken bei Einnahmen von 21,7 Mio. Franken.

Seit dem 1. Januar 2003 werden die Bereiche

- Hochbau (Bildungs-, Allgemeine und Spitalbauten)
- Tiefbau

mit Globalbudgets (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) geführt. Für Einzelheiten kann auf die Produktgruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

#### b) Investitionsrechnung Amt für Umwelt und Amt für Geoinformation

Im Amt für Umwelt werden 3,0 Mio. Franken Ausgaben und 3,9 Mio. Franken Einnahmen budgetiert.

Für die Amtliche Vermessung ist zur Realisierung des Projektes RADAV (Rasche Erfassung der Daten der Amtlichen Vermessung) wie im Vorjahr ein Kredit von 3,3 Mio. Franken vorgesehen. An Einnahmen von Bund und Gemeinden werden 1,5 Mio. Franken (2006: 1,5 Mio. Franken) erwartet.

### 3.2.3 Departement für Bildung und Kultur

Für Ausbildungsdarlehen sind wie im Vorjahr 1,8 Mio. Franken eingesetzt; voraussichtlich werden wie im Vorjahr 1,5 Mio. Franken zurückbezahlt.

### 3.2.4 Finanzdepartement

Unter der Kostenstelle 6419, Abschreibungen/Rückstellungen/Buchgewinne sind zentral 8,8 Mio. Franken (2006: 13,7 Mio. Franken) als Auflösung nicht beanspruchter Globalbudgetreserven der Investitionsrechnung des Hochbauamtes (2,0 Mio. Franken), des Amtes für Verkehr und Tiefbau (6,7 Mio. Franken) sowie des Amtes für Landwirtschaft (0,1 Mio. Franken) budgetiert.

Das Amt für Informatik und Organisation verfügt wie im Vorjahr über einen Investitionskredit von total 8,4 Mio. Franken. Die Investitionsrechnung wird seit dem 1. Januar 2005 mit Globalbudget geführt. Für Einzelheiten kann auf die Produktgruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

### 3.2.5 Departement des Innern

Die Polizei sieht Ausgaben in der Höhe von 11,0 Mio. Franken (2006: 4,3 Mio. Franken) vor. Der grösste Ausgabenposten ist für die Einführung des neuen Sicherheitsfunknetzes POLYCOM für den Kanton Solothurn mit 8,0 Mio. Franken (2006: 0,5 Mio. Franken) vorgesehen. Weitere wichtige Ausgabenpositionen sind Motorfahrzeuge (0,7 Mio. Franken), Rotlichtüberwachung Städte

(0,5 Mio. Franken), Integration der kantonsweiten Kommunikationsplattform WAN SOKA in die Alarmzentrale (0,4 Mio. Franken), Telekommunikationsausrüstung Bezirksposten Olten (0,3 Mio. Franken) und Video-Management-System (0,3 Mio. Franken).

### 3.2.6 Volkswirtschaftsdepartement

Innerhalb des Finanzausgleiches der Einwohnergemeinden sind 0,5 Mio. Franken (2006: 0,8 Mio. Franken) als Investitionsbeiträge budgetiert.

Die Investitionsausgaben des Kantonsforstamtes betragen voraussichtlich 0,5 Mio. Franken (2006: 0,6 Mio. Franken). Es handelt sich um Kantons- und Bundesbeiträge an Gemeinden für Wegbauten / Sanierungen. An Bundesbeiträgen sind 0,3 Mio. Franken (2006: 0,5 Mio. Franken) zu erwarten.

Die Nettoinvestitionen im Amt für Landwirtschaft sind wie im Vorjahr mit 2,7 Mio. Franken budgetiert. Seit dem 1. Januar 2003 wird der Investitionsbereich des Amtes für Landwirtschaft mit Globalbudget geführt. Für Einzelheiten kann auf die Produktegruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

## 4. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Christian Wanner  
Landammann

Dr. Konrad Schwaller  
Staatsschreiber

## 5. **Beschlussesentwurf**

### **Voranschlag 2007**

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Buchstabe b und Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe c der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986<sup>1)</sup>, §§ 20, 23 und 43 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003<sup>2)</sup>, § 5 des Steuergesetzes vom 1. Dezember 1985<sup>3)</sup>, § 128 Absatz 2 des Planungs- und Baugesetzes vom 3. Dezember 1978<sup>4)</sup>, § 24 Absatz 2 des Strassengesetzes vom 24. September 2000<sup>5)</sup>, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf vom 5. September 2006 (RRB Nr. 2006/1637), beschliesst:

#### I.

1. Der Voranschlag für das Jahr 2007 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwand von Fr. 1'619'308'283.--, einem Ertrag von Fr. 1'632'705'566.—und einem operativen Ertragsüberschuss von Fr. 13'397'283.-- sowie die Ziele der Produktgruppen der Globalbudgets der Erfolgsrechnung werden genehmigt.
2. Der Voranschlag für das Jahr 2007 der Investitionsrechnung mit Gesamtausgaben von Fr. 205'696'000.--, Gesamteinnahmen von Fr. 84'149'000.—und Nettoinvestitionen von Fr. 121'547'000.—sowie die Ziele der Produktgruppen der Globalbudgets der Investitionsrechnung werden genehmigt.
3. Im Jahre 2007 wird der Steuerfuss auf 108 % der ganzen Staatssteuer festgelegt.
4. Aus dem Ertrag der 2007 eingehenden Grundstückgewinnsteuern legen der Kanton und die Gesamtheit der Einwohnergemeinden je 10 Prozent in die Spezialfinanzierung „Natur- und Heimatschutz“ ein.
5. Vom Ertrag des Allgemeinen Treibstoffzollanteils werden 50 % der Spezialfinanzierung „Strassenaufonds“ und 50 % der Erfolgsrechnung zugewiesen.
6. Der Ertrag der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA wird vollumfänglich der Spezialfinanzierung „Strassenaufonds“ zugewiesen.
7. Das Eigenkapital von Spezialfinanzierungen wird nur verzinst, wenn das Gesetz eine Verzinsung ausdrücklich vorsieht.
8. Der Abschreibungssatz vom Verwaltungsvermögen wird auf 10 % und derjenige auf den Investitionen der Spezialfinanzierungen auf 100 % festgelegt.

<sup>1)</sup> BGS 111.1  
<sup>2)</sup> BGS 115.1  
<sup>3)</sup> BGS 614.11  
<sup>4)</sup> BGS 711.1  
<sup>5)</sup> BGS 725.11

II.

Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt. Der Beschluss ist im Amtsblatt zu publizieren.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

---

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

---